

BILDUNGSPAKET OHNE FINANZIERUNG?

Die GEW Sachsen begrüßt grundsätzlich die neue Schulstrategie von „Bildungsland Sachsen 2030“, kritisiert jedoch die fehlende Finanzierung und fordert zunächst die Klärung der personellen Fragen für die Umsetzung.

In den Vorschlägen werden viele Maßnahmen aufgeführt, die wir seit langem fordern, darunter etwa ein umfassendes Personalentwicklungskonzept, die Überarbeitung der Lehrpläne und der konsequente Ausbau von multiprofessionellen Teams an allen Schulen.

Positiv bewerten wir ebenso die geplante Einführung einer Klassenratsstunde, die in den Arbeitsumfang der Klassenleitung integriert werden soll. Der Fokus auf Kompetenzentwicklung, individuelle Förderung und digitale Lernstrategien ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Allerdings fehlt der Strategie bisher vollständig die finanzielle Grundlage. Wir fordern seit zwei Jahren ein neues Bildungspaket, in dem viele Maßnahmen und eine weitergehende Strategie gebündelt werden und mit dem Sachsen zusätzliches Geld für die Finanzierung in die Hand nimmt. Mit dem Strategiepapier gibt es zwar nun einen Maßnahmenkatalog, jedoch ohne finanzielle Untersetzung. Das Maßnahmenpaket von 2016 umfasste 214 Millionen Euro und das Handlungsprogramm von 2018 wurde mit 1,7 Milliarden Euro finanziert.

Auch die personelle Frage wird kaum geklärt. Angesichts des Lehrkräftemangels und der immer neuen Aufgaben, die Schulen übernehmen müssen, fehlen klare Schritte zur Entlastung. In vielen angekündigten Maßnahmen wird stark auf die Eigenverantwortung der Schulen gesetzt. Die Umsetzung dieses Ziels hängt jedoch stark von zusätzlichem Personal und mehr Schritten zur

Entlastung ab. Daher betont die GEW, dass die Personalentwicklung, der Ausbau multiprofessioneller Teams und neben der sog. Klassenratsstunde auch die Einführung der längst versprochenen Klassenleitungsstunde höchste Priorität haben müssen.

Einen weiteren kritischen Punkt sehen wir in der Gefahr, dass durch die Stärkung der Eigenverantwortung zentrale Bildungsprobleme auf die Schulen abgewälzt werden. Lehrkräfte und Schulleitungen benötigen neben Informationsmaterial auch klare Vorgaben bei zentralen Fragen. Wir fordern, dass in der Umsetzung besser abgewogen wird, wo die Grenzen der Eigenverantwortung liegen, um eine Überforderung sowie ein Auseinanderdriften der Schulen zu vermeiden.

Die GEW Sachsen lehnt daher die Maßnahmen nicht grundsätzlich ab, fordert jedoch, zunächst die finanziellen und personellen Bedingungen insbesondere bei den Maßnahmen im Rahmen der Eigenverantwortung der Schulen zu klären.

Welche Vor- und Nachteile siehst du/ sehen Sie bei „Bildungsland Sachsen 2030“? Für unsere weitere Debatte rufen wir zu Rückmeldungen auf, die unter www.gew-sachsen.de/bildungsland abgegeben werden können. Einige der Einsendungen werden wir anonymisiert veröffentlichen, sofern dafür das Einverständnis vorliegt.

Wir sind gespannt auf alle Rückmeldungen!

